

Medienmitteilung

Liestal, 09. Januar 2017

FDP-Fraktion reicht sieben Postulate zur Universität Basel ein *Design to cost – Strategie für eine finanziell nachhaltige Universität*

Die Baselbieter FDP-Fraktion steht hinter der vom Regierungsrat vorgelegten Finanzstrategie, fordert aber eine noch stärkere finanzielle Entlastung des Kantons, verbunden mit einer Stärkung der Uni. Im Hinblick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Universität Basel für die Jahre 2018 bis 2021 möchte die FDP Baselland deshalb eine Strategie für eine finanziell nachhaltige Universität vorlegen. Die FDP-Fraktion wird an der kommenden Landratssitzung sieben Postulate einreichen, die den Regierungsrat beauftragen, das Sparpotenzial in spezifischen Bereichen der Uni Basel zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Seit nunmehr zehn Jahren ist der Kanton Basel-Landschaft gleichberechtigter Mitträger der Universität Basel und beteiligt sich im Gegenzug paritätisch an der Finanzierung der Hochschule. Einerseits bedeutet dies, dass der Kanton Basel-Landschaft die Vollkosten seiner Studierenden finanziert. Andererseits trägt er zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt das jährliche Restdefizit der Institution. Mit der Inkraftsetzung des Univertrags im Jahr 2007 hat sich der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft sprunghaft von 104.8 Mio. Franken auf 127.5 Mio. Franken erhöht (+21.7 Prozent). Inzwischen ist die finanzielle Beteiligung des Landkantons weiter gestiegen und wird sich nächstes Jahr voraussichtlich auf 169 Mio. Franken belaufen (+32.5 Prozent seit Inkrafttreten des Univertrags im Jahr 2007).

Inmitten aller Sparbemühungen des Kantons Basel-Landschaft und entsprechenden Massnahmen in sämtlichen Aufgabengebieten steigt der politische Druck zunehmend, sich vermehrt mit den Ausgaben für die Universität Basel und ihrer strategischen Ausrichtung auseinanderzusetzen. So ist in der Finanzstrategie 2016-2019 des Regierungsrats bereits von einer Reduktion des Universitätsbeitrags um jährlich 25 Mio. Franken für die Jahre 2018 und 2019 die Rede. Im Hinblick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2018 bis 2021 möchte die FDP Baselland eine Strategie für eine finanziell nachhaltige Universität vorlegen. Demnach soll der vom Kanton Basel-Landschaft bezahlte Beitrag in Zukunft in einer Bandbreite von 100 und 120 Mio. Franken pro Jahr zu liegen kommen. Im Vergleich zur aktuellen Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft würde dies einer jährlichen Reduktion des Baselbieter Beitrags im Umfang von 40 bis 60 Mio. Franken entsprechen. Aufgrund der Ergebnisse einer von der FDP in Auftrag gegebenen Studie sieht die FDP-Fraktion Sparpotenzial in folgenden Bereichen (und wird am kommenden Mittwoch die entsprechenden Postulate einreichen):

– **Postulat «Studiengebühren für ausländische Studierende erhöhen»**

Die Universität Basel kennt keine differenzierten Studiengebühren nach Herkunft der Studierenden. Alle immatrikulierten Studierenden bezahlen 850 Franken pro Semester oder 1'700 Franken pro Jahr. Für Doktorierende gelten reduzierte Beträge. Wie die Kostenanalyse in der vorliegenden Studie zeigt, reichen die Gebühren bei Weitem nicht aus, um die mit dem Studium verbundenen Kosten zu decken. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden, die Einführung differenzierter Studiengebühren zu prüfen.

– **Postulat «Beschränkung der Studierendenzahl»**

Ein Vorteil von einer beschränkten Studierendenzahl ist die Planbarkeit und der Einbezug betriebswirtschaftlicher Überlegungen. Die Kostenkurve einer Universität ist in der mittleren und langen Frist nicht stetig. Steigt die Zahl der Studierenden bis zur Kapazitätsgrenze, braucht es in der Regel zusätzliche Investitionen, um das Angebot erweitern zu können. Dies können zusätzliche Hörsäle sein und neue Anstellungen beim Personal. Man spricht von sogenannten sprungfixen Kosten. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden, die

Limitierung der Anzahl der aufgenommenen Studierenden pro Studienjahr zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

– **Postulat «Kostendeckendes Lehrangebot in allen Fakultäten»**

Die interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) regelt die Abgeltung der Kantone an die Universitätskantone sowie den gleichberechtigten interkantonalen Zugang zu den Universitäten. Im Bereich der vertieften Ausbildung ist die Kostendeckung deutlich schlechter als bei der Grundbildung. Bei den Studierenden aus der übrigen Schweiz wird lediglich ein Kostendeckungsgrad von 60 Prozent erreicht. Insbesondere im geisteswissenschaftlichen Bereich gibt es Probleme bei der Kostenstruktur. Der Regierungsrat soll deshalb beauftragt werden zu prüfen, wie eine Erhöhung des Deckungsgrads auf 100 Prozent in denjenigen Fachbereichen erzielt werden kann, in welchen dies heute nicht der Fall ist.

– **Postulat «Konsequente Vermietung ungenutzter Räumlichkeiten»**

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auslastung der universitären Räume in der Jahresfrist starken Schwankungen unterworfen ist. Die Zurückhaltung bei der Fremdvermietung der uneigenen Gebäude lässt erahnen, dass die finanziellen Anreize nur sehr gering sind, ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften. Decken die Trägerkantone am Ende des Tages das Defizit der Universität, so besteht keine betriebswirtschaftliche Motivation, Anstrengungen zu unternehmen, die Auslastung der Räumlichkeiten zu erhöhen. Es soll deshalb geprüft werden, wie durch die konsequente Fremdvermietung der uneigenen Räumlichkeiten Mehrerträge erzielt werden können, und wie das Raumangebot schrittweise optimiert werden kann.

– **Postulat «Stärkere Fokussierung bei der Forschungstätigkeit»**

Insbesondere im Bereich der Forschung muss die Uni Basel eine grössere Verantwortung für ihre eigene langfristige finanzielle Nachhaltigkeit übernehmen. Mögliche Wege wären die stärkere Fokussierung auf Schwerpunkte in der Forschung sowie eine deutliche Erhöhung der Drittmittel für die Forschung. Es soll deshalb geprüft werden, wie mittelfristig mit einer stärkeren Fokussierung auf Forschungsschwerpunkte und mit der Erhöhung der Drittmittel im Bereich der Forschung der Universität Basel Einsparungen von rund 40 Mio. Franken pro Jahr erzielt werden können.

– **Postulat «Drittmittelziel anpassen»**

Projekte im Rahmen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) machen bei der Universität Basel wie auch bei anderen Universitäten einen wesentlichen Teil der Drittmittel aus. Hinzu kommen Gelder aus EU-Forschungsprojekten und Bundesprogrammen aber auch erwirtschaftete Mittel aus der Auftragsforschung für private und öffentliche Institutionen. Gemessen am Gesamtertrag hat sich der Anteil an Drittmitteln in den vergangenen zwölf Jahren nicht wesentlich verändert. Es soll geprüft werden, wie die Akquisition von Drittmitteln erhöht werden kann, damit die Uni Basel in diesem Bereich künftig an der Spitze der Schweizer Universitäten rangiert.

– **Postulat «Mehr Eigenverantwortung – weniger Staat!»**

Die indirekte Form der Regulierung scheint im Fall der Universität Basel der vielversprechendste Ansatz zu sein. Die Hauptidee dahinter ist es, der Institution adäquate Anreize finanzieller Natur zu unterbreiten. Erhält die Universität nämlich eine finanzielle Verantwortung, liegt es in ihrem Interesse, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen. Es müssen Strukturen und Instrumente gefunden werden, durch welche vorhandenen Ressourcen optimaler und effizienter genutzt werden können. Die Universität wird indirekt «gezwungen», betriebswirtschaftliche Überlegungen anzustellen, um langfristig bestehen zu können. Deshalb soll geprüft werden, wie mit einer Änderung der Struktur der finanziellen Abgeltung Anreize zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung geschaffen werden können.

Kontakt:

Rolf Richterich, Fraktionspräsident FDP Baselland, Mobile 079 966 60 00
Christine Frey, Parteipräsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20